


5. Landesgesundheitskonferenz Baden-Württemberg 29. November 2017		 <small>LANDESGESUNDHEITSKONFERENZ BADEN-WÜRTTEMBERG</small>
TOP 6	Beratung zu geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung	

A. Sachverhalt

Die Regierungsparteien haben sich im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2011 für die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren (LSBTTIQ) Menschen ausgesprochen. Ausgrenzung, Vorurteile und Zugangsbarrieren sind allgegenwärtiger Alltag im Leben vieler LSBTTIQ-Menschen.

Schätzungen ergeben für Baden-Württemberg eine absolute Zahl von ca. 530.000 bis 740.000 homosexuellen Menschen. Dieser Wert bezieht sich auf alle Länder, Kulturen und religiösen Hintergründe. Hinzu kommt die Zahl der bisexuellen Menschen bei denen neuere Untersuchungen von 1 % bis 3 % der Bevölkerung ausgehen. Valide Angaben zur Anzahl von transgender und transsexuellen Menschen in Deutschland liegen nicht vor. Bei einer vorsichtigen Schätzung wird davon ausgegangen, dass sich etwa 0,5 % der Bevölkerung nicht ihrem Geburtsgeschlecht, sondern dem anderen Geschlecht zugehörig fühlen. Das würde für Baden-Württemberg eine Zahl von ca. 53.000 Menschen ergeben.

Im Aktionsplan für „Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ aus dem Jahr 2015 wurden Maßnahmen festgelegt, die zur Verbesserung der Situation von LSBTTIQ-Menschen auf verschiedenen Ebenen führen sollen.

Eine Maßnahme ist die vom Land geförderte Beratungsstelle für transsexuelle, transgender und intersexuelle Menschen in Ulm. Sie hat am 9. Mai 2016 ihre Arbeit aufgenommen. Das Beratungsangebot richtet sich an transsexuelle, transgender oder intersexuelle Menschen, deren Angehörige, Partnerinnen, Partner und Eltern sowie an alle Menschen, die Fragen rund um geschlechtliche Identität oder Intersexualität haben.

In Baden-Württemberg gibt es nur vereinzelte fachmedizinische Ansprechpartner für diese Zielgruppe.

Bestehende Strukturen in der medizinischen Versorgung sollten für die besonderen Problemlagen der LSBTTIQ-Menschen sensibilisiert werden.

B. Beschluss

1. Die Landesgesundheitskonferenz nimmt den Bericht der TTI-Beratungsstelle zur Kenntnis.

Einstimmige Beschlussfassung